

Mitten in Farmsen

Erinnern und neugestalten



Hamburg im Mai 2022

Mit freundlicher Unterstützung des Freundeskreises der KZ-Gedenkstätte
Neuengamme e.V., Jean-Dolidier-Weg 75, 21039 Hamburg.

Mitten in Farmsen

Erinnern und neugestalten



Der Wasserturm – Wahrzeichen für Farmsen

Mitten in Farmsen entstehen auf dem Gelände des ehemaligen Versorgungsheims Farmsen an der August-Krogmann-Straße auf einem über 8.000 m² großen Grundstück fast 400 neue Wohnungen - ein bedeutender Beitrag zum Wohnungsbauprogramm im Bezirk Wandsbek.

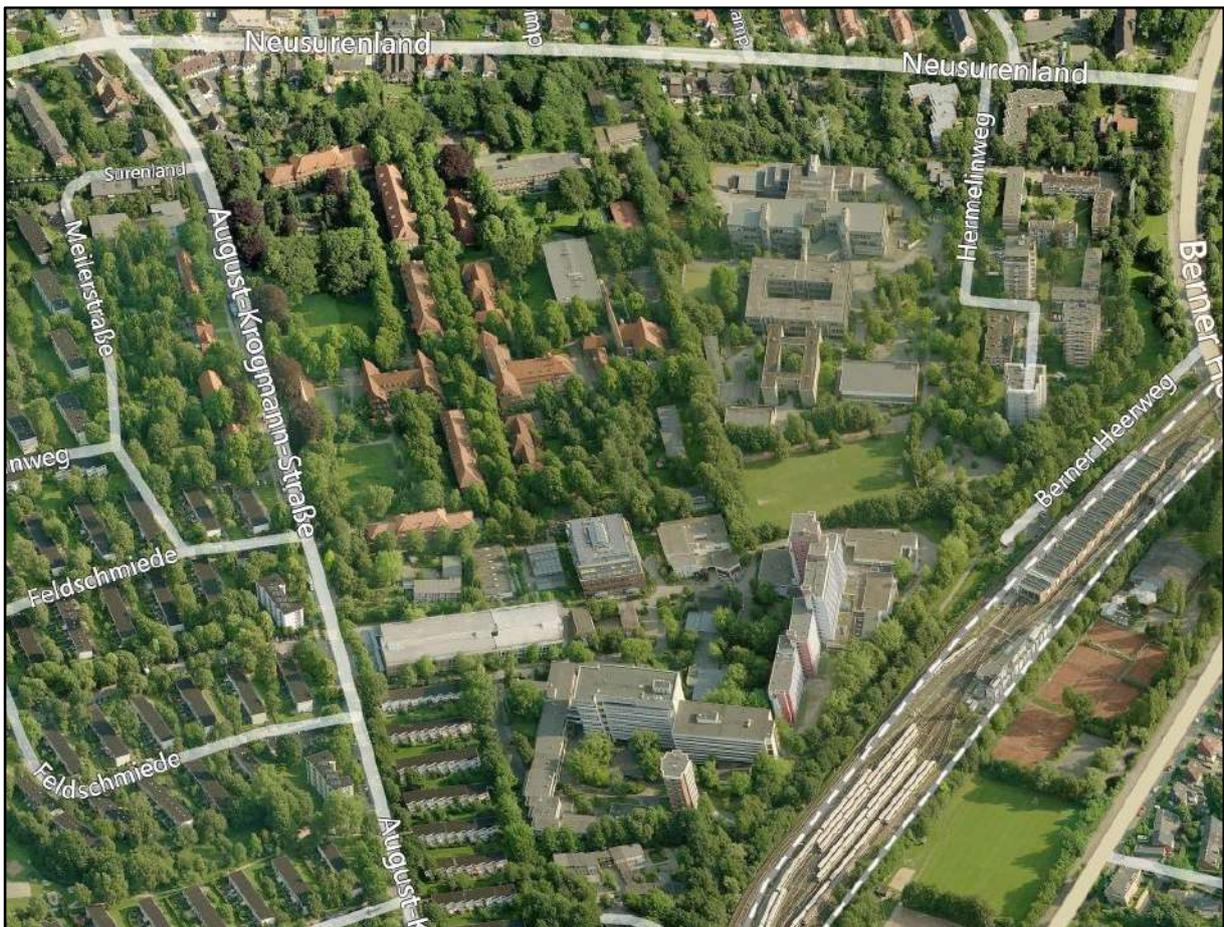
Ehemaliges Gelände des Versorgungsheims Farmsen:





Geplanter Neubau (Animation)

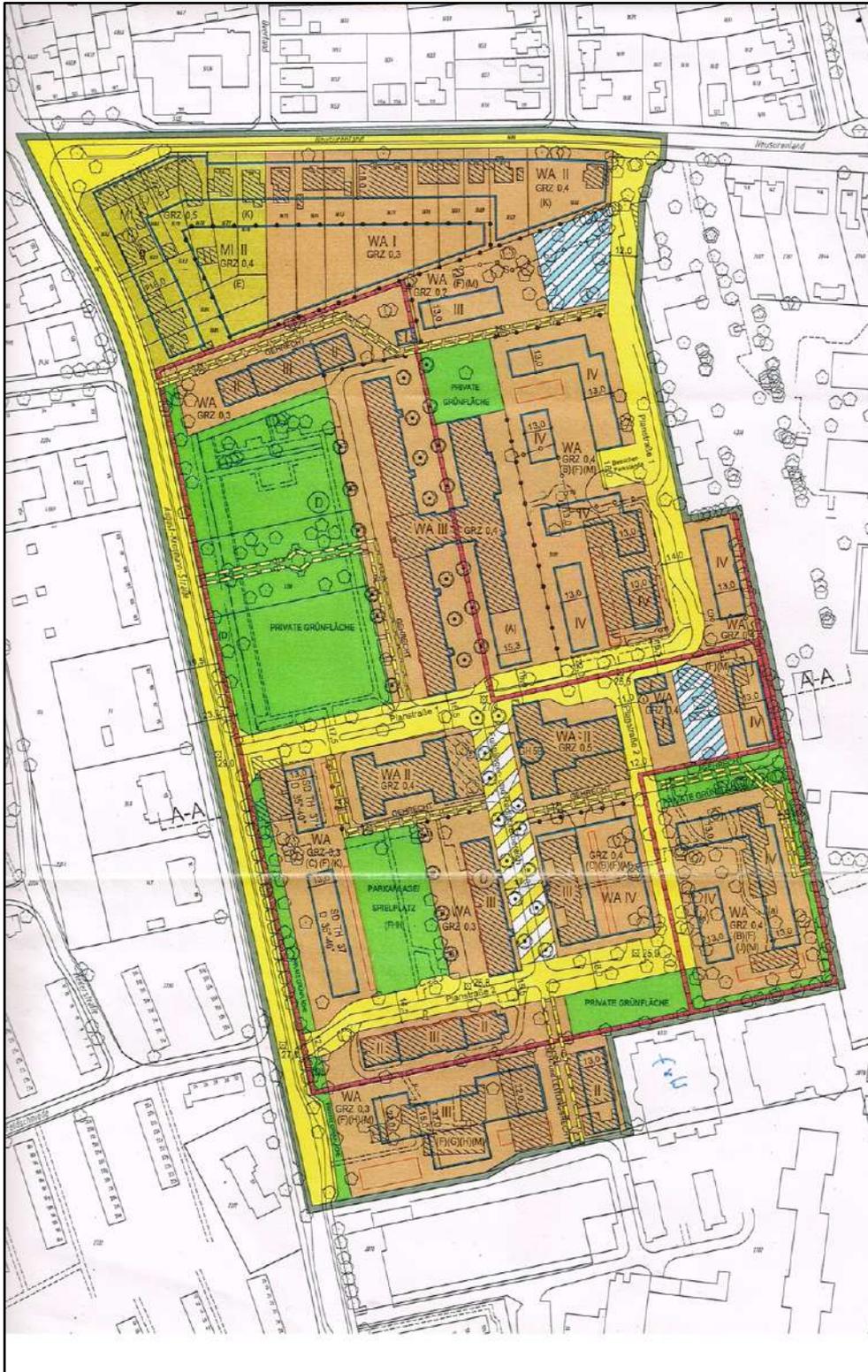
Gebaut wurde und wird vor allem durch die SAGA Unternehmensgruppe.



Neu und alt: Wohnen im Grünen auf dem Gelände des ehemaligen Versorgungsheims Farmsen

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans Farmsen-Berne 36 wurden unter Erhalt des unter Denkmalschutz stehenden bisherigen Ensembles die planungsrechtlichen Voraussetzungen

für den Bau von Wohnungen auf entbehrlich gewordenen Teilflächen des ehemaligen Versorgungsheims geschaffen.



Aus dem Bebauungsplan Farmesen-Berne 36:



Denkmalgeschützter Teil mit Wasserturm und Neubau (Animation)

Denkmalgeschützt sind etwa zwei Drittel des Geländes und der Gebäude. Hierzu zählen Unterkünfte- und Verwaltungsgebäude, Maschinenhaus, Badehaus, Waschhaus, Pumpenhaus und Werkstattgebäude (heute im Eigentum der SAGA), Beamtenhäuser, Remise und vor allem der Wasserturm.

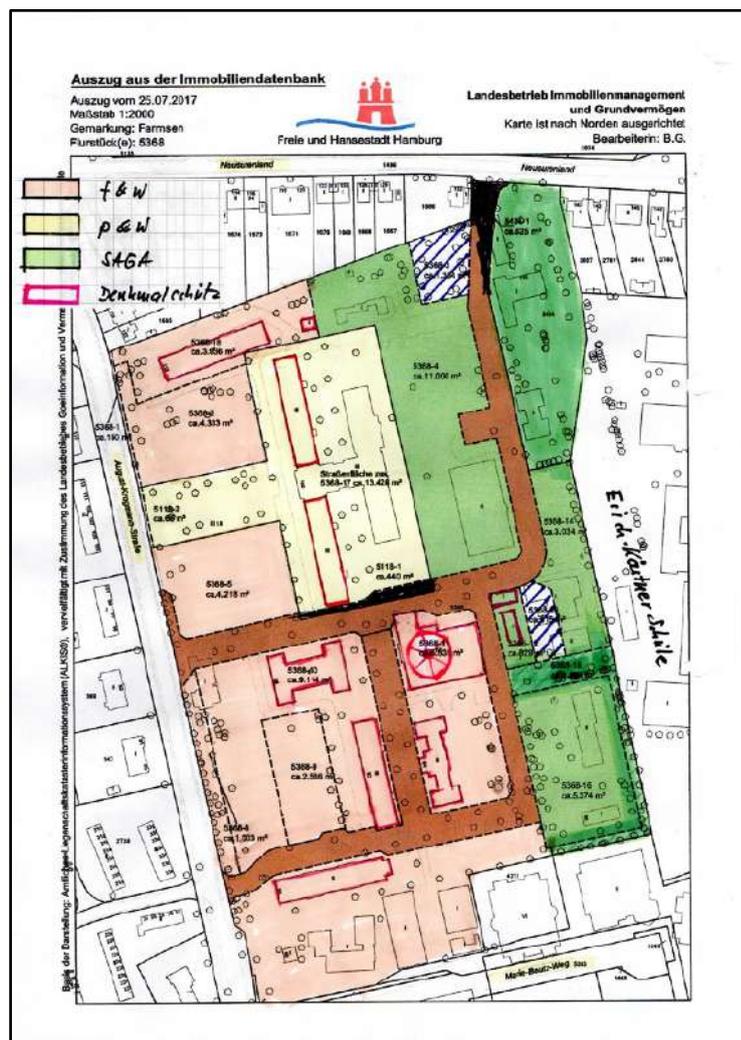


Denkmalschutzkarte FHH

Ursprünglich befand sich das Areal des früheren Versorgungsheims Farmsen vollständig im städtischen Besitz. Im Zuge der von Hamburg 2007 betriebenen Privatisierung der städtischen Pflegeeinrichtungen ging ein Teil des Geländes mit zwei Unterakunftsgebäuden an den neuen Eigentümer, die Gesellschaft Pflegen & Wohnen (P&W) Hamburg GmbH, größter Anbieter von stationärer Pflege in Hamburg.



Zwei historische Altbauten wurden 2010 mit einem neuen Pflgetrakt verbunden, der heute für insgesamt 216 Bewohner Platz bietet. 45 Plätze stehen für Menschen mit demenziellen



Erkrankungen zur Verfügung. Zugleich wurde das Konzept „Alt und Jung gemeinsam“ realisiert, so dass dort seit einigen Jahren ältere Menschen in Gemeinschaft mit Kleinkindern der KITA Farmsen unter einem Dach zusammenleben und in Kontakt kommen.

Das übrige Areal des früheren Versorgungsheimes blieb nach der Privatisierung der Hamburger Pflegeheime weiterhin im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg. Es wurde in das Gesellschaftsvermögen der sich im städtischen Eigentum befindenden Anstalt des öffentlichen Rechts „Fördern und Wohnen“ (F&W) übertragen.

Fördern & Wohnen gibt wohnungslosen Menschen ein Dach über dem Kopf und hilft ihnen, wieder Fuß zu fassen. Für Menschen, die es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben, schafft F&W Wohnungen.

Auch Geflüchtete finden hier eine Bleibe auf Zeit. Die im hinteren Bereich des Areal (von der August-Krogmann-Straße aus gesehen) dauerhaft entbehrlich gewordenen Flächen wurden 2017 an die SAGA zum Zwecke des Wohnungsbaus verkauft.

Der Wohnungsbau schreitet derzeit sichtbar voran. Der erste Bauabschnitt (139 Wohnungen im geförderten Wohnungsbau) ist nahezu fertig. Die ersten Nachbarinnen und Nachbarn werden im Sommer 2022 ihre Wohnungen beziehen. Sie werden neue Nachbarn der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegen & Wohnen sowie Fördern & Wohnen. Damit wird sich in Farmsen eine weitere grundlegende Veränderung vollziehen. Pflegen & Wohnen, die baulich integrierte KITA sowie Fördern & Wohnen pflegen bereits eine freundliche Nachbarschaft. Nun kommen Familien mit Kindern in neuen Gebäuden hinzu. Im Endausbau werden dort bis Mitte des Jahres 2023 insgesamt 399 Wohnungen mit über tausend Bewohnerinnen und Bewohnern errichtet. Das Modell des freundlichen Miteinanders von Pflegen & Wohnen, Kita sowie Fördern & Wohnen kann ein Beispiel für gute Nachbarschaft auch mit den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern sein.

Die Haupteinschlüsse dieses neuen Wohnquartiers zu Fuß, mit dem Rad oder dem Auto führen durch das parkähnliche Areal mit den historischen Gebäuden des Versorgungsheimes zur August-Krogmann-Straße. Der Alltag des Zusammenlebens auf dem Gesamtgelände des ehemaligen Versorgungsheimes muss positiv gestaltet werden.

Der Wohnungsbau beginnt





.... und schreitet voran





Trotz der weit über Hamburg hinausgehenden Bedeutung fehlt es bis heute in Hamburg an einem staatlichen **Erinnerungskonzept für das Versorgungsheim Farmsen**, das sich beispielsweise an dem vergleichbaren Gedenkort Rummelsburg in Berlin orientieren könnte.



Informations- und Gedenkort Rummelsburg (Berlin), früheres größtes deutsches Arbeitshaus

Zur Geschichte des Ortes in Farmsen – 400 umstrittene Jahre

Vor vierhundert Jahren wurde erstmalig in Hamburg ein – am Alstertor gelegenes – Werk- und Zuchthaus gegründet, das Armenunterkunft und Zwangsarbeitsanstalt zugleich war. Arbeit in den hauseigenen Produktionsstätten sollte die Armen disziplinieren, von Straftaten und Bettel abhalten. Das eingesetzte Personal - Frauen wie Männer - war eher zur Bewachung als zur Hilfe eingesetzt. Wer sich gegen die Maßnahmen wehrte, dem drohten harte Strafen. Als das inzwischen umbenannte Werk- und Armenhaus beim Großen Brand 1842 zerstört wurde, richtete die Stadt Hamburg 1853 in Barmbek ein neues ein. Das Areal erstreckte sich südlich der Oberaltenallee. Die Kernaufgaben blieben weitgehend gleich: Es war „*Siechenanstalt für körperlich und geistig Schwache*“. Es bot für Arme Obdach und Arbeit. Und es war „*Korrektionsanstalt*“ vor allem für Trinkerinnen und Trinker, Wohnungslose, Bettlerinnen und Bettler, „*Sittenlose*“ und „*Arbeitsscheue*“, die zu einem sogenannten normalen Leben erzogen werden sollten. Frauen oder Männer traf es unterschiedslos. Bis 1893 unterstand das Armenhaus der Gefängnisverwaltung.

1899 kaufte die Stadt Hamburg ein – beim Dorf Farmsen gelegenes – Gelände, die ehemalige „Bull’sche Landstelle“. Der kleine Ort Farmsen gehörte zwar zu Hamburg, war aber bis zum Inkrafttreten des Groß-Hamburg-Gesetzes 1938 eine Exklave, vollständig von preußischem Gebiet umgeben. 1903 wurde hier eine Zweigstelle des Hamburger Werk- und Armenhauses errichtet, die unter dem Namen „Arbeitsanstalt“ geführt wurde. Aufgenommen wurden sowohl hilfsbedürftige, arme, alte, kranke und pflegebedürftige als auch straffällig gewordene Personen. Die Arbeitsanstalt Farmsen verfügte zu dieser Zeit über 300 Hektar Land, auf dem

die Menschen landwirtschaftlich arbeiteten. Zum Heim gehörten auch eine Gärtnerei, eine Dampfwäscherei, eine Schneiderei mit Plättstube, eine Tütenkleberei, eine Faserzupferei (Werg), eine Schlachterei und eine Bäckerei. In der Farmsener Anstalt konnten bis zu 1.800 Personen untergebracht werden. Wirtschaftsgebäude, Werkstätten und Beamtenhäuser machten das Farmsener Versorgungsheim zu einer der größten Einrichtungen dieser Art im Deutschen Reich. Während des Ersten Weltkrieges nahm die Belegung zunächst ab. Gegen Ende des Krieges füllten sich die Häuser aber wieder schnell, vermehrt mit kriegsversehrten Menschen. In Farmsen mussten sich 20 bis 50 Menschen einen Schlaf- und Wohnraum teilen. Durch die direkten Kriegsfolgen wie die hohe Arbeits- und Obdachlosigkeit waren immer mehr Menschen auf die öffentliche Wohlfahrt angewiesen. Das Werk- und Armenhaus wurde hierzu passend in Versorgungsheim umbenannt. Es unterstand ab 1920 der Wohlfahrtsbehörde, aus der 1928 die Sozialbehörde entstand. 1929 wurde das Versorgungsheim Teil der Hamburger Staatlichen Wohlfahrtsanstalten. 1930 wurde die Zweiganstalt Farmsen mit dem Vorwerk Carlshöh (heute: Umweltzentrum Carlshöhe) selbstständig. Das 1929 neu geschaffene Versorgungsheim in Volksdorf in der Schemmannstraße sowie die Versorgungsheime am Rübenkamp und in Arensch bei Cuxhaven unterstanden fortan der Direktion in Farmsen.



Seit 1926 bis zu seiner Pensionierung 1950 amtierte Georg Steigertahl als Direktor der Staatlichen Versorgungsheime in Hamburg. Er setzte in der Weimarer Zeit eine umfassende Modernisierung der Anstalten durch, teilweise auf baulicher, vor allem aber auf konzeptioneller Ebene. Es ging ihm um einen geschlossenen Anstaltsverband mit auf die spezifischen Insassen zugeschnittenen Stationen bzw. Nebenanstalten getrennt nach Alter, Geschlecht und Einstufung. „Gutartige“ Insassen waren von „Gemeinschaftsschädlichen“ zu trennen wie „Würdige“ von „Unwürdigen“. Die „soziale Diagnose“ verkam mehr und mehr zur „erbologischen Bestandsaufnahme“. Arbeit auch unter Zwang galt als „Heilmittel“. Sie sollte – so Steigertahl – in den Wohlfahrtsanstalten „ausreichend nutzbar“ gemacht werden. Das Versorgungsheim Farmsen entwickelte sich unter seiner Führung zu einer großen Bewahrungsanstalt mit geschlossenen Abteilungen, die sich mittels der geleisteten Arbeit der Zwangseingewiesenen selbst tragen sollte. Während die Arbeitsanforderungen ständig stiegen, wurden die sogenannten Arbeitsprämien für die Insassinnen und Insassen (wöchentlich zwischen 0,80 und 2,50 Reichsmark) ständig gekürzt. Die Lebensbedingungen der Insassinnen und Insassen verschlechterten sich fortlaufend.



1933 stellten sich die Hamburger Wohlfahrtsanstalten unter Steigertahl ohne Schwierigkeiten auf die neuen Machthaber ein. Die Zahl der Zwangseinweisungen stieg drastisch an. Steigertahl wollte, dass die Fürsorge nach nationalsozialistischen Grundsätzen „ungehindert zur Entfaltung“ kommt.

1933 stellten sich die Hamburger Wohlfahrtsanstalten unter Steigertahl ohne Schwierigkeiten auf die neuen Machthaber ein. Die Zahl der Zwangseinweisungen stieg drastisch an. Steigertahl wollte, dass die Fürsorge nach nationalsozialistischen Grundsätzen „ungehindert zur Entfaltung“ kommt.

Dr. Käthe Petersen, ab 1934 in der Hamburger Sozialbehörde als Sammelpflegerin „*gemeinschaftswidriger*“ bzw. „*geistig gebrechlicher*“ Frauen tätig, präzierte dieses so: „*Die Notwendigkeit einer solchen Anstaltsunterbringung entspringt dem Bedürfnis, diese Personen (Berufsverbrecher, Landstreicher, Zuhälter, Dirnen, Rauschgiftsüchtige usw.) daran zu hindern, weiterhin die Volksgemeinschaft zu schädigen. Die Bewahrung hat das Ziel, diese gemeinschaftsschädlichen Personen aus der Volksgemeinschaft zu asylieren und den Versuch zu machen, sie nach Kräften zu nützlicher Arbeit anzuhalten und nach Möglichkeit zur zuchtvollen Einordnung in die Volksgemeinschaft zu erziehen.*“



Steigertahl setzte sich sofort nach der nationalsozialistischen Machtübernahme für die Entlassung von jüdischen und politisch unliebsamen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechend dem nationalsozialistischen Berufsbeamtenengesetz vom 7. April 1933 aktiv ein.



Steigertahl war eifriger Verfechter des zum 1. Januar 1934 eingeführten Zwangssterilisierungsgesetzes. Bis Ende 1939 wurden über 1.100 Frauen und Männer, die in der Anstalt Farmsen untergebracht waren, zwangssterilisiert. Es gab immer mehr geschlossene Stationen. Das Anstaltsgelände war von einem hohen Zaun umgeben. Die Insassinnen und Insassen mussten Anstaltskleidung tragen. Fluchtversuche wurden durch vergitterte Fenster und metallbeschlagene Türen verhindert.

Die nationalsozialistische Wohlfahrtspflege diente in erster Linie nicht der Fürsorge für den einzelnen, sondern der Stärkung der rassistisch definierten Volksgemeinschaft. So kamen nach einer im September 1933 reichsweit durchgeführten Razzia gegen das „Bettlerunwesen“ über hundert der Verhafteten dauerhaft nach Farmsen zur Zwangsarbeit. Viele von ihnen wurden entmündigt. In Farmsen erstellte der Anstaltsarzt Dr. Heinrich Buchta die hierfür nötigen Gutachten wie auch diejenigen zur Zwangssterilisation.

Steigertahl fasste die Grundsätze der NS-Fürsorge zusammen: „*Insbesondere wird den Gemeinschaftsunfähigen gegenüber mit festen, auch harten Maßnahmen durchgegriffen, unter denen der Arbeitszwang, die Entmündigung oder die Bewahrung in geeigneten Anstalten, in erster Linie der Farmsener Anstalt besonders zu nennen sind.*“

Das neu geschaffene NS-Gesetz „*gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher*“ vom 24. November 1933 ermöglichte im Anschluss an eine reguläre Haftstrafe die unbefristete Sicherungsverwahrung, die auch in einem Arbeitshaus wie dem Versorgungsheim Farmsen erfolgen konnte.

Prostitution wurde infolge einer Verschärfung des „Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ vom Mai 1933 kriminalisiert. Ein Nachweis tatsächlicher Prostitution musste nicht vorliegen, es reichte der Verdacht. Die betroffenen Frauen wurden in großer Zahl entmündigt und ins Versorgungsheim Farmsen eingewiesen. Viele erwartete die Zwangssterilisation, die in den meisten Fällen über die Sammelpflegerin Dr. Käthe Petersen, spätere Leiterin der Gesundheits- und Gefährdetenfürsorge, eingeleitet wurde.

Im Zuge der Räumung des Staatskrankenhauses Friedrichsberg ab 1934 (sogenannter Friedrichsberg-Langenhorn-Plan) kamen auch Patientinnen und Patienten von dort in das Versorgungsheim Farmsen. Friedrichsberg sollte als Krankenhaus für „verdiente Volksgenossen“ freigemacht werden. Die Kosten für die bisherigen Pfleglinge des Staatskrankenhauses sollten drastisch reduziert werden. Sie galten nicht mehr als „behandlungswürdig“. Sie sollten mit möglichst niedrigem pflegerischen Aufwand „verwahrt“ werden.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Insassinnen und Insassen der Wohlfahrtsanstalten. So wurden Räume – wie im Altersheim Groß

Borstel und im Versorgungsheim Averhoffstraße – für andere Zwecke beschlagnahmt. Das Versorgungsheim Rübenkamp wurde Lazarett. In den übrigen Häusern wurde „verdichtet“.



Stolpersteine vor dem Versorgungsheim Farmsen

Ab Sommer 1940 wurden die staatlichen Hamburger Versorgungsheime in das nationalsozialistische Tötungsprogramm der „Euthanasie“ einbezogen.

In den Hamburger Anstalten und Heimen fanden antijüdische Ausgrenzungsmaßnahmen statt. Leistungen wurden eingeschränkt. Kosten wurden auf die jüdische

Gemeinde abgewälzt. Als jüdisch geltende Insassinnen und Insassen wurden abgesondert. Im April 1940 forderte das Reichsinnenministerium dazu auf, alle „an Schwachsinn oder einer Geisteskrankheit“ leidenden und in Hamburger Einrichtungen untergebrachten Jüdinnen und Juden zu melden. Ende August 1940 folgte die Anweisung des Ministeriums, alle „Volljuden“ zunächst in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn zu verlegen. Am 23. September 1940 wurden 136 jüdische Frauen und Männer aus Langenhorn, unter ihnen 17 ehemalige Insassinnen und Insassen der Anstalt Farmsen, in die als „Landes-Pflegeanstalt“ getarnte Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel abtransportiert und dort noch am selben Tag unmittelbar nach ihrer Ankunft durch Giftgas ermordet.

Ab Februar 1941 wurden weitere Anstaltsinsassinnen und -insassen auch aus dem Versorgungsheim Farmsen abtransportiert. Als Vorwand wurde behauptet, man wolle sie vor den Gefahren des Luftkriegs bewahren. Sie wurden teils direkt, teils über die Staatskrankenanstalt Langenhorn in Tötungsanstalten der „Euthanasie“ verlegt. Mindestens 45 Personen aus Farmsen wurden in zwei Sammeltransporten in die „Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde“ im heutigen Polen gebracht. Begleitet wurde dieser Transport in den Tod vom Farmsener Oberarzt Dr. Heinrich Buchta. Dort wurden sie, soweit sie nicht arbeitsfähig waren, nach wenigen Tagen ermordet.

Aus einem Erlebnisbericht aus dem Versorgungsheim Farmsen

Es war der 29. April 1939, ein Tag vor meinem 15. Geburtstag. Wir waren im Reichskino am Eimsbütteler Marktplatz. Dort haben wir nach toller amerikanischer Musik getanzt. Einer von uns musste uns an die Gestapo verraten haben, denn um Mitternacht war eine Razzia. Einige von uns konnten türmen. Zehn von uns wurden verhaftet und in die Zentrale der Gestapo an der Stadthausbrücke gebracht. Auch ich war dabei. [...] Wir kamen für ein Jahr in das Jugendlager Moringen in Niedersachsen. Dort mussten wir unter SS-Bewachung arbeiten. Als ich sechzehn Jahre alt war, kam ich in das Arbeitslager im Versorgungsheim Farmsen. Dort mussten wir harte Feldarbeit machen. Das Essen war dort so schlecht, dass ich eigentlich immer Hunger hatte. Der Oberpfleger Reimer hat mich oft verprügelt. [...] Einmal musste ich zu Direktor Steigertahl kommen. Von ihm wurde ich zusammengeschlagen, immer mit dem Gummiknüppel auf dem Kopf, bis ich die Besinnung verlor. In einer Ecke im Keller des Versorgungsheims Farmsen bin ich dann wieder zu mir gekommen. Ich musste 14 Tage in der Arrestzelle verbringen, bei Wasser und trockenem Brot. Danach musste ich wieder arbeiten. [...] Im Frühjahr 1941 wurden dreißig von uns in die Anstalt Meseritz-Obrawalde gebracht. Wir hatten gehört, wer dort einmal ist, der lebt nicht mehr lange. Ich dachte, ich wäre bald dort dran. Daher entschlossen wir uns, mit vier Mann zu türmen. Die Flucht aus Farmsen glückte uns, aber wohin sollten wir fliehen? Nach Hause traute sich keiner, da würden sie uns zuerst suchen. Wir mussten uns etwas zu essen stehlen. Unsere Freiheit dauerte nicht einmal eine Woche, dann hatten sie uns wieder. Zuerst kamen wir wieder nach Farmsen. Dort wurden wir ordentlich durchgeprügelt und kamen anschließend in Arrest. Nach drei Tagen holte uns die Gestapo alle ab. Wir kamen in das KZ Fuhlsbüttel. Dort wurden wir verhört und geschlagen, wieder und wieder geschlagen. Durch die Schläge auf den Kopf konnte ich nicht mehr sehen. Ich glaubte, für immer blind zu sein. Die Gestapo wollte unbedingt etwas über meinen Vater von mir wissen. Da ich aber nichts wusste, konnte ich nichts sagen. Die Gestapo steckte mich für ein halbes Jahr in das Arbeits-Erziehungslager Langer Morgen in Wilhelmsburg. Von dort wurde ich in das Konzentrationslager Neuengamme gebracht. Kurz vor Kriegsende befanden wir uns auf dem Marsch ins Krankenhaus Langenhorn, dabei habe ich es fertiggebracht, mich davon zu schleichen. Drei Tage habe ich mich in Ruinen versteckt. Dann waren die Engländer in Hamburg. Ich habe versucht, meine Eltern zu suchen. Unser Haus gab es nicht mehr. Wenigstens meine Großeltern lebten noch. Von ihnen habe ich dann erfahren, dass auch meine Eltern 1939 verhaftet worden sind. Sie sind dann bei den Luftangriffen im Jahre 1943 umgekommen. Meine Großeltern haben mich dann aufgenommen. Sie waren sehr gut zu mir und haben versucht, mir zu helfen, diese Zeit zu vergessen und mich zurecht zu finden. Inzwischen habe ich vieles vergessen – viele Namen, aber nie werde ich den Namen Georg Steigertahl vergessen.“

Es gab keine Befreiung

Die Verbrechen im Versorgungsheim Farmsen wurden nach dem 8. Mai 1945 nicht als nationalsozialistisches Unrecht gesehen und anerkannt. Die meisten der damaligen Verantwortlichen blieben in ihren Ämtern oder stiegen sogar auf. Georg Steigertahl, obwohl Mitglied der NSDAP und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), wurde ebenso als „entlastet“ entnazifiziert wie Käthe Petersen. Sie konnten ihre Karriere fortsetzen. Steigertahl blieb bis zu seiner Pensionierung 1950 Direktor der Hamburger Wohlfahrtsanstalten. Käthe Petersen wurde 1949 zur Oberregierungsrätin, später zur Leitenden Regierungsdirektorin befördert und leitete wie in der NS-Zeit das Ham-



burger Landesfürsorgeamt. Ab 1951 fungierte sie wieder als Sammelvormund. Sie erhielt zahlreiche Ehrungen, 1973 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Direkt nach dem Ende des NS-Regimes verhinderten Steigertahl und Petersen als Mitglieder der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“, einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe zur Lenkung sozialer staatlicher Bemühungen nach dem Ende des Nationalsozialismus, dass ihre Opfer als NS-Verfolgte anerkannt und entschädigt werden. Stattdessen blieben viele von diesen weiterhin in den sogenannten Wohlfahrtsanstalten wie Farmsen eingesperrt und dem aus der NS-Zeit übernommenen Personal ausgeliefert.

Auch einer der Haupttäter der „Euthanasie“-verbrechen in Hamburg wurde nie belangt. Dr. Kurt Struve war 1930 bei der Wohlfahrtsbehörde Hamburg als Leiter der neu eingerichteten Abteilung für Arbeitsfürsorge eingestellt worden. Zu dieser Zeit war er noch Mitglied der liberalen Deutschen Staatspartei. Struve widmete sich fortan der „Betreuung“ arbeitsfähiger Hilfsbedürftiger. Oberster Grundsatz war dabei die Verpflichtung zur Arbeit. Es sollte bei jedem die „Arbeitswilligkeit“ geprüft und somit der missbräuchliche Bezug von Unterstützungsleistungen verhindert werden. Verweigerung angeordneter Pflichtarbeit führte unweigerlich zum Entzug der Unterstützung. Bis 1935 leitete Struve diese Abteilung, die mehr und mehr den Arbeitszwang gegenüber Menschen mit Fürsorgeanspruch durchsetzte. Die Zahl der Zwangseinweisungen in das Versorgungsheim Farmsen stieg an. Danach war Struve als Referent in der zusammengefassten Gesundheits- und Fürsorgebehörde beschäftigt. Struve war inzwischen Mitglied der SA geworden, ab 1937 auch der NSDAP. Nach dem Inkrafttreten des Groß-Hamburg-Gesetzes beschäftigte er sich mit der Reorganisation der Hamburger Fürsorgeabteilung und dem Jugendamt. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges leitete er als Obersenatsrat die Allgemeine Verwaltung in der Hamburger Gesundheitsbehörde. Er organisierte die Verlegungen von Menschen mit Behinderungen und Krankheiten aus Hamburger Anstalten, so auch aus dem Versorgungsheim Farmsen, in die Tötungsanstalten der

„Euthanasie“ (Erfassung, Bearbeitung und Rücksendung der Meldebögen). Er setzte sich besonders dafür ein, die nicht mehr arbeitsfähigen Insassinnen und Insassen herauszufiltern und sorgte für deren Abtransport in den Tod. 1943 wurde er als Vertreter des Gesundheits-senators Friedrich Offerdinger zum Senatsdirektor befördert. Nach Ende des Krieges wurde Kurt Struve 1945 durch die Britische Militärbehörde entlassen. Er arbeitete zunächst in einem Architekturbüro, anschließend bei einem Haus- und Grundbesitzerverein. Ein erstes Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Beteiligung an „Euthanasie“-verbrechen wurde im April 1949 eingestellt.



Struve wurde entnazifiziert. Im Oktober 1951 erreichte er seine Wiedereinstellung bei der Hamburger Verwaltung und wurde als Oberregierungsrat Leiter der Liegenschaftsverwaltung. Im Jahr 1953 wurde er Regierungsdirektor, ab 1963 Senatsdirektor und Vorsitzender der Hamburger Kommission für Bodenordnung. Er rückte in den Planungsstab der Senatskanzlei auf und koordinierte ab 1967 den Aufbau des Einkaufszentrums Hamburger Straße.

Eine erneute Anklage 1973 wegen Beihilfe zum Mord wurde wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ eingestellt. 1986 verstarb Struve in Flensburg, ohne jemals für seine Handlungen zur Verantwortung gezogen worden zu sein.

Dr. Struve unter Anklage

Ex-Senatsdirektor an NS-Verbrechen beteiligt

Bis in die 1980er Jahre wurden die nationalsozialistischen Verbrechen in den Wohlfahrtsanstalten Hamburgs nicht wahrgenommen und aufgearbeitet. Frauen und Männer, die in den Wohlfahrtsanstalten gelitten hatten, gequält und entrechtet wurden, haben vielfach vergeblich um Wiedergutmachung und Entschädigung gekämpft. Sie wurden nicht als Verfolgte des Nationalsozialismus anerkannt.

Mit der 1988 nach zähem Mühen gegründeten Hamburger Stiftung Hilfe für NS-Verfolgte gab es erste ermutigende Ansätze, sich mit der Problematik der als „asozial oder gemeinschaftsfremd“ verfolgten Frauen und Männer auseinander zu setzen. Zum ersten Mal erfuhren diese NS-Opfer Anerkennung und erhielten einmalige oder laufende Leistungen.

Es dauerte 75 Jahre, bis der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2020 mit dem Antrag „*Anerkennung der von den Nationalsozialisten als ‚Asoziale‘ und ‚Berufsverbrecher‘ Verfolgten*“ auch die verfolgten Frauen und Männer der Arbeitshäuser als NS-Verfolgte anerkannte. Der Deutsche Bundestag will diese Opfergruppen stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken und ihnen einen angemessenen Platz in der gesellschaftlichen Erinnerungskultur verschaffen. In der breiten Öffentlichkeit soll größeres Wissen um das Leid der als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ Verfolgten hergestellt werden. Der Deutsche Bundestag will Dokumentationszentren unterstützen, um das Schicksal der von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ Verfolgten in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie Archiven,

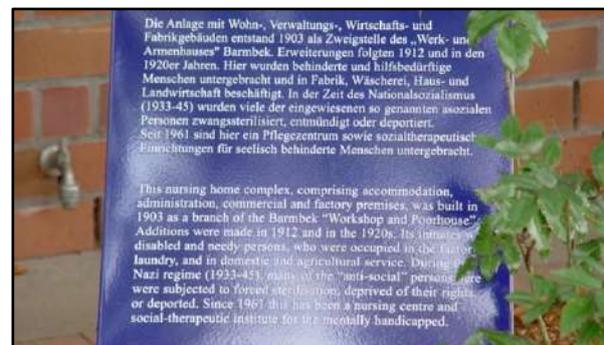
Schulen, Hochschulen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen weiter aufzuarbeiten, zu präsentieren und zu debattieren. Der Deutsche Bundestag will die Entwicklung spezifischer Bildungsprojekte mit Bezug auf die genannten Opfergruppen beispielsweise im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend erinnert“ finanziell fördern und Forschungsarbeiten zu den Verfolgungsschicksalen und der noch wenig erforschten Rolle der beteiligten Verfolgungsinstanzen finanziell fördern.

Hier kann bei der Planung und Ausgestaltung eines Erinnerungsortes Farmsen angeknüpft werden.

Bis zum heutigen Tag gibt es auf dem Gelände des ehemaligen Versorgungsheims Farmsen keine würdige Gedenkstätte.

Lediglich eine „blaue Tafel“ zur Erläuterung des Geländes und der Gebäude mit einem kurzen Text des Hamburger Denkmalschutzamtes hat bis vor kurzem auf die in der NS-Zeit geschehenen Verbrechen hingewiesen.

Die „blaue Tafel“ wurde aber aufgrund von Bauarbeiten entfernt.



**GEDENKEN
IN FARMSSEN**

**Fürsorge und Gewalt
im Nationalsozialismus**

**DIE BEZIRKSVERSAMMLUNG
WANDSBEK ERINNERT AN
DIE VERGESSENEN OPFER
IM EHEMALIGEN ARBEITS-
HAUS FARMSSEN**

Sonntag, 27. Januar 2013
um 11.00 Uhr, Pflegen und Wohnen
Farmsen, August-Krogmann-Str. 100,
22159 Hamburg

Eine Veranstaltung der
Bezirksversammlung Wandsbek
mit:

- einem Grußwort von
Herrn Hans-Joachim Klier, Vorsitzender der
Bezirksversammlung Wandsbek
- einem Vortrag von
Frau Dr. Christiane Rothmaler, Hamburg:
"Was hat Hamburg nur mit Euch Frauen
gemacht?"
- einem Beitrag von Schülerinnen und
Schülern der Erich-Kästner-Schule
- einer begleitenden Präsentation von
Frau Eva-Maria Nerling
- und einer musikalischen Untermalung von
Mitgliedern des Felix-Mendelssohn-
Jugendinfonieorchesters.

Historische Recherche und Forschung:
Dr. Christiane Rothmaler, Heidrun
Schönberger, Ingo Wille, Hamburg.

**Die Veranstaltung schließt mit
Niederlegung eines Blumen-
gestecks vor dem alten
Wasserturm.**

Der Eintritt ist frei.

Hans-Joachim Klier, Vorsitzender der Bezirksversammlung Wandsbek
Philip Buse, Stellvertretender Vorsitzender der Bezirksversammlung Wandsbek
Cornelia Stoye, Stellvertretende Vorsitzende der Bezirksversammlung Wandsbek
Ul.S.d.P. Bezirksversammlung Wandsbek, Schloßstraße 60, 22041 Hamburg, Telefon: 42861 - 3417

Die Bezirksversammlung Wandsbek bemüht sich seit vielen Jahren um ein öffentliches Gedenken. **2013** führte sie im Pflegeheim Farmsen zur Erinnerung an die vergessenen Opfer im ehemaligen Arbeitshaus Farmsen eine Gedenkveranstaltung durch. Daran beteiligten sich Schülerinnen und Schüler der benachbarten Erich-Kästner-Schule mit einem eigenen Projekt. Sie setzten sich in der Folgezeit weiter mit der Geschichte des Ortes auseinander. Im Projekt „Zäune einreißen“ engagierten sie sich im Verbund mit dem Verein zur Förderung einer Interkulturellen Begegnungs- und Erinnerungsstätte in Farmsen für die „Schaffung einer Jugendfreizeit- und Erinnerungsstätte“ auf dem Gelände des Versorgungsheimes. Als Treffpunkt konnten sie das leerstehende historische Werkstattgebäude (heute im Eigentum der SAGA) nutzen.

2014 wurde die Schule für ihr Engagement durch die anwesende damalige Staatsministerin und heutige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages **Aydan Özoğuz** mit dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet. Dem folgte im nächsten Jahr die Auszeichnung mit dem renommierten Bertini-Preis.

Noch heute zeugt ein großes beschriftetes Tuch vor der Giebelwand des Gebäudes von diesem Tun.

Mit den ersten Erschließungsmaßnahmen für den Wohnungsbau wurde das vorbildliche Engagement der Schülerinnen und Schüler zwangsläufig unterbrochen. Es liegt auf der Hand mit der Fertigstellung des Wohnungsbaus und dem Beginn von neuem Leben auf dem Gelände mit den Beteiligten daran wieder anzuschließen. Auch die örtliche Kirchengemeinde engagierte sich für einen Gedenkort ebenso wie der „Stadtteildialog“ Farmsen der Lokalen Partnerschaften für Demokratie Wandsbek.

Anlässlich des Jubiläums **„400 Jahre Pflegen & Wohnen Hamburg“ 2019** entstand ein Buch zum Thema mit der Darstellung der Geschichte des Versorgungsheims Farmsen – auch über die Zeit des Nationalsozialismus.

Die Nachfolgeeinrichtungen der ehemaligen Staatlichen Wohlfahrtsanstalten Pflegen & Wohnen sowie Fördern & Wohnen wollen sich den damaligen Taten stellen. Sie sind sich der von **Bürgermeister Peter Tschentscher** aus diesem Anlass betonten Verantwortung im Umgang mit dem Geschehenen bewusst. Sie setzen sich für die Schaffung eines Gedenkortes für alle Opfergruppen der Hamburger Wohlfahrtsanstalten auf dem Farmsener Gelände ein. Hierzu hat es bereits einige Workshops gegeben.



2020 gab die Bezirksversammlung Wandsbek den „Wegweiser zu den Gedenkstätten: Wandsbek erinnert an 1933-1945“ heraus, in dem der Gedenkort Farmsen ausführlich dargestellt wird. Im Text heißt es zum Schluss: **„Eine würdige Gedenkstätte für die Farmsener Opfer des NS-Regimes fehlt bis heute.“**

In diesem Jahr widmete die Bezirksversammlung Wandsbek am **27. Januar 2022**, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, sich dem Thema **„Von der »Bewahranstalt« zum Gedenk- und Lernort? Das ehemalige Versorgungs-**

heim Farmsen“. <https://www.youtube.com/watch?v=dTosVGWLMg4>).

Im Rahmen der Veranstaltung berichtete die Historikerin **Frauke Steinhäuser** über den Stand ihrer vertiefenden Forschung zu den Opfern der Wohlfahrtsanstalten im Nationalsozialismus, die sie gegenwärtig in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg im Auftrage von Fördern & Wohnen und Pflegen & Wohnen durchführt. Der Forschungsauftrag umfasst zugleich, Vorschläge für eine mögliche Gestaltung eines Erinnerungs- und Lernortes für das ehemalige Versorgungsheim Farmsen als Ort der Verfolgung zu präsentieren.

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung **André Schneider** wies darauf hin, dass die Geschichte des Versorgungsheims Farmsen für die Öffentlichkeit dargestellt werden muss, gerade für diejenigen, die jetzt auf dem Gelände in eine dort neugebaute Wohnung ziehen. Es müsse ein Erinnerungs- und Lernort geschaffen werden.

Wandsbek gedenkt den NS-Opfern

Im Blickpunkt: „**VERSORGUNGSHEIM FARMSEN**“

WANDSBEK/FARMSEN In den imposanten Gebäuden in der August-Krogmann-Straße 100 in Farmsen ist heute ein modernes Pflegezentrum untergebracht. Die Gebäude erinnern aber auch an dunkle Zeiten in Deutschland. In Farmsen waren in dieser Zeit vor allem Menschen betroffen, die am Rande der Gesellschaft lebten. Im „Versorgungsheim Farmsen“, so wurde es damals genannt, geschahen furchtbare Verbrechen.

MARTIN JENSSEN

Das „Heim“ wurde 1904 als Erweiterung des Werk- und Armenhauses Barmbek eröffnet. Vor allem während der NS-Zeit war das „Versorgungsheim“ ein Ort der Entmündigung und Demütigung von Menschen, die als „sozialer“ galten und nicht dem Menschenbild der Nationalsozialisten entsprachen. Dazu gehörten Alkoholiker, Prostituierte, Homosexuelle und Geisteskranke. Sie wurden in den Produktionsstätten auf dem Anwesen und in der Landwirtschaft zur unentgeltlichen Arbeit herangezogen. Weit über tausend der sogenannten sozialen Personen wurden zwangsrehabilitiert oder deportiert. Viele andere Insassen begingen Selbstmord.



Wird gerade restauriert: das Gebäude mit Wasserturm

Im Sommer 1940 wurde das Versorgungsheim in das nationalsozialistische „Euthanasie-Programm“ einbezogen. „Von Farmsen aus wurden Insassen über die Sammelanstalt Langenhorn in die Mordanstalten der Euthanasie wie Brandenburg an der Havel oder Meseritz-Obrawalde verschleppt und dort ermordet“, heißt es in dem Wegweiser zu den Gedenkstätten von Opfern des Nationalsozialismus im Bezirk Wandsbek. Eine genaue Zahl der Opfer aus dem Versorgungsheim gibt es nicht.

Unter vielen anderen gehörte die Frida Wanda Heilmann (1894-1940) zu den Opfern. Die junge Frau hatte mit 22 Jahren ihren 35 Jahre älteren Ehemann und ihre zwei Kinder verlassen. Sie führte danach ein unstetes Leben und geriet wiederholt mit dem Gesetz in Konflikt. Am 9. September 1931 kam sie zwangsweise in das Versorgungsheim Farmsen. Von dort wurde sie im September 1940 nach Brandenburg in die Tötungsanstalt deportiert und dort in der Gaskammer ermordet.

Dennoch wurden nach dem Ende des Nazi-Regimes die Verbrechen, die im Versorgungsheim Farmsen geschahen, nicht als nationalsozialistisches Unrecht anerkannt. Viele der Verantwortlichen, darunter auch Georg Steigerthal, der Direktor der Anstalt, durften in ihren Ämtern verbleiben. Eine würdige Gedenkstätte für die Opfer aus Farmsen fehlt bis heute. Schöne Räumlichkeiten dafür bieten sich im Wasserturm und dem umliegenden Gebäude. Der Gebäudekomplex wird gerade restauriert.

Die Bezirksversammlung Wandsbek veranstaltet am Donnerstag, 27. Januar, eine Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus. Wegen Corona wird es eine Gedenkfeier ohne Publikum. Für Interessenten wird sie als Livestream aus dem Bürgeraal gestreamt.

Im Rahmen der Veranstaltung wird die Historikerin Frauke Steinhäuser über das Versorgungsheim Farmsen als Ort der Verfolgung berichten und auf die Überlegungen, auf dem Gelände eine Gedenkstätte zu errichten, eingehen.

Die Veranstaltung wird ab 18 Uhr übertragen. Der Livestream kann über die Internetseite der Bezirksversammlung Wandsbek und unter folgendem Link aufgerufen werden: Gedenkveranstaltung der Bezirksversammlung Wandsbek am 27.01.2022 - YouTube

Wandsbeker Wochenblatt 22. Januar 2022

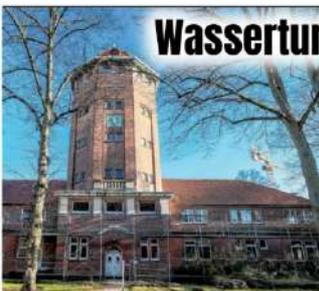
Die „**Hamburger Morgenpost**“ griff dieses Thema in ihrer Ausgabe vom 11. Februar 2022 ebenfalls auf.

Die Zeitung geht davon aus, dass sich der Wasserturm von Farmsen als Platz für historisches Gedenken besonders eignet.

Hamburger Morgenpost / mopo.de
11.02.2022

Wasserturm von Farmsen

SANIERUNG Über hundert Jahre altes Gebäude soll neue Nutzung bekommen



Die alte Mauerwerk mit dem Rostblech auf dem Gelände von Friedrich Wilton in Farmsen.

Ein Wasserturm aus seinem leicht erweckten. Der runde Turm war einst ein Ort der Euthanasie, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er zu einem Pflegeheim umgewandelt. Heute ist das unter Denkmalschutz stehende Gebäude restauriert, doch noch passiert nichts. Wird hier mal wieder ein historischer Schutz dem Verdill preisgegeben?

Rund um die August-Krogmann-Straße ist gerade unheimlich viel los. Überall wurde mit Windgebläse und die können endlich auch den Wasserturm aus seinem leicht erweckten. Der runde Turm war einst ein Ort der Euthanasie, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er zu einem Pflegeheim umgewandelt. Heute ist das unter Denkmalschutz stehende Gebäude restauriert, doch noch passiert nichts. Wird hier mal wieder ein historischer Schutz dem Verdill preisgegeben?

Rund um die August-Krogmann-Straße ist gerade unheimlich viel los. Überall wurde mit Windgebläse und die können endlich auch den Wasserturm aus seinem leicht erweckten. Der runde Turm war einst ein Ort der Euthanasie, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er zu einem Pflegeheim umgewandelt. Heute ist das unter Denkmalschutz stehende Gebäude restauriert, doch noch passiert nichts. Wird hier mal wieder ein historischer Schutz dem Verdill preisgegeben?

ist ein großer Schatz

Die Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen ist in der Vorbereitung.

Das Gebäude beherbergte neben dem Wasserturm früher ein Wasserkloas mit Besen- und Wannenbädern und eine Wäscherei. Sie verweigerte Anfang des 20. Jahrhunderts das Werk- und Armenheim im Bereich des Farmsen. Heute befindet sich nur eine große leere Halle in dem Gebäude, die bis 2017 als Lager für Möbel für die Unterkünfte von Friedrich-Wilhelm-Wohnen genutzt wurde.

Der Wasserturm selbst, der früher das Gotteslo mit Brunnenwasser versorgte, ist größtenteils vom metallenen Wasserspeicher ausgeht. In dem Haus soll wahrscheinlich nach ein Platz für ein historisches Gedenken geschaffen werden. Denn das gesamte Anwesen, zu dem auch das Turmgebäude gehört, hat eine einschlägige Geschichte. Zunächst wurde es 1903 als „Werk- und Armenheim“ gebaut. Die bis zu 800 ammen Bewohner wurden zur Arbeit in der Landwirtschaft, der Fabrik, der Gärtnerei, der Wäscherei und andern Arbeit überlassen beauftragt.

Im Nationalsozialismus wurden sogenannte soziale Menschen dort zwangsweise, darunter Behinderte, Alkoholiker, Prostituierte und Homosexuelle. Es kam zu Entlassungen von Menschen und Zwangssterilisationen. Viele Menschen nahmen sich das Leben. Ab 1941 wurden Insassen aus diesem Anstalt in Lager deportiert und dort ermordet.

Bisher gibt es fünf Stolpersteine, aber darüber hinaus kein Denkmal zur Erinnerung an dieses Unrecht. Die Politik will das Inden Bezirkskommissarin Claudia Petschall. Ein Erinnerungswochen zu die Opfer der NS-Verbrechen ist in Vorbereitung.

Er müsse nur aus seinem Dornröschenschlaf erweckt werden.

Aber die „Morgenpost“ befürchtet, dass „hier mal wieder ein historischer Schatz dem Verfall preisgegeben wird“.

Aber das muss nicht sein. Gerade in Hamburg sind einige Wassertürme renoviert worden und bilden jetzt im jeweiligen Stadtteil einen wichtigen Mittelpunkt. Hinzuweisen ist nicht nur auf den Schanzenturm, ehemals Europas größter Wasserturm, der 2005 entkernt und 2007 als Hotel eröffnet wurde.



Seit Juli 2001 liegt der *Garten der Frauen* in der Nähe des Wasserturms „Point de vue“. In ihm zeigt der Verein Garten der Frauen in unregelmäßigen Abständen wechselnde Ausstellungen.



Auch auf dem historischen Gelände des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek wurde der Wasserturm in die Neubebauung eingepasst. Es entstand das Wasserturm-Palais:



Der **Wasserturm des ehemaligen Versorgungsheims Farmsen** liegt nicht nur zentral auf dem Gelände. Er liegt quasi in der Mitte des Stadtteils Farmsen und des Bezirks Wandsbek. Er kann und sollte zu einem Wahrzeichen Farmsens werden. In ihm kann nicht nur ein Gedenk-, Erinnerungs- und Lernort entstehen, sondern auch ein Zentrum für die Nachbarschaft und den Stadtteil.

Aus allem wird deutlich:

Ohne die Mitwirkung verantwortlicher Politiker insbesondere auf Bezirks- und auf Landesebene ist dieses jedoch nicht zu verwirklichen. Dabei geht es nicht nur darum, finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Es geht auch darum, ein Miteinander bei der weiteren Entwicklung zu befördern und etwaige unterschiedliche Interessenlagen bei der Nutzung des Wasserturms und des ehemaligen Werkstattgebäudes zusammen zu führen.

Es bedarf einer konzeptionellen Abstimmung mit den Hauptakteuren, der SAGA, F&W sowie P&W, damit ein lebendiger Ort in der Mitte dieses „neuen“ Farmsen-Areals entstehen kann. Ein Ort, der die Erinnerung an die NS-Geschichte der Hamburger Wohlfahrtsanstalten nicht ausklammert und der zugleich die Begegnung von Menschen ermöglicht. Begegnung, die die Integration der neuen Bewohnerinnen und Bewohner im Einklang mit ihrem neuen Umfeld fördert und niemanden auslässt.

Jetzt muss dafür ein Zeichen gesetzt werden.

Hamburg im Mai 2022



Stefan Romey

Hamburger Stiftung Hilfe für NS-Verfolgte



Hans-Joachim Klier

Ehem. Vorsitzender Bezirksversammlung Wandsbek